

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481, Tel.-Adr.: Rotafahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inserat“, Allgemeine Inseraten-Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurierstr. 1823/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,50 M. einchl. Frachtkosten in Berlin u. Orten m. etw. Zustellg. Postbezugs auschl. Bestellgeld 2,60 M.; Streifenband im Inland 4,20 M.; u. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12sp. Millimeterzeile 35 Pf.; die 8sp. Ser. millimeterzeile 2,50 M. Arbeiterorgan. u. Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf. Kleine Ana.: Zeitwort 20 Pf., Ueberlieferung 30 Pf. Arbeitmarkt: Wort 5 Pf.

Der Reichstag tagt hinter Polizeiketten / Siehe im Blatt

Unsere Forderungen im Landtag

Forderungen, die im außerparlamentarischen Kampf von den Millionen Arbeitern und Werktätigen verwirklicht werden müssen

Die kommunistische Landtagsfraktion unterbreitet ihre Anträge den Betrieben und Stempelstellen

Die kommunistische Landtagsfraktion wird im Preussischen Landtag u. a. folgende Forderungen erheben:

1. Landesverweisung aller ehemaligen Fürsten, insbesondere der Hohenzollern. Enteignung ihres Besitzes zugunsten der Besitzlosen.
2. Schluß mit den Subventionen an Großgrundbesitzer, an das Industrie- und Bankkapital. Zurückforderung der bereits gewährten Beträge.
3. Einstellung aller staatlichen Ausgaben für kirchliche Zwecke.
4. Erhöhung der Löhne der Staats- und Gemeindearbeiter auf den Stand vor dem Abbau durch die Notverordnungen. Lohnausgleich bei bereits durchgeführten Arbeitszeitminderungen.
5. Alle Kürzungen der Wohlfahrt und sonstigen Unterstützungen sind rückgängig zu machen.
6. Arbeitsbeschaffung durch Staat und Gemeinden. (Bau von Arbeiterwohnungen, Straßen und Brücken, Spiel- und Sportplätzen, Schulen, Krankenhäusern und Badeanstalten, Verkehrseinrichtungen, Vollenbung des Mittelstandsanals, usw.)
7. Vollamnestie für alle Opfer der Klassenjustiz, für alle proletarisch-politischen Gefangenen und wirtschaftliche und soziale Notdelikte. (§ 218, usw.)
8. Preislenkung für Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehr für Kohle und Holz.
9. Befreiung der Kopfsteuern, (Bürgersteuern), der Bier- und Getränkesteuern. Befreiung der Kleingewerbetreibenden usw. bis zu einem Einkommen von 3000 Mark von Gewerbesteuern. Staffelung der Mieten nach Einkommen. Befreiung der Erwerbslosen, Sozialrentner, usw. von der Miete. Verbot von Exzessen gegen Minderbemittelte, sowie von Zwangsversteigerungen gegen Kleinbauern.
10. Öffnung der geschlossenen Volksschulen, Einstellung der entlassenen Lehrkräfte, Schulspeisung und Schulgesundheitspflege.
11. Sondersteuer von 20 Prozent für die Millionäre, die großen Vermögen und den großen Besitz. Verwendung der Gelder durch die Gemeinden, für soziale und kulturelle Ausgaben und für Arbeitsbeschaffung.
12. Aufhebung aller Beschränkungen der Reden, Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheiten. Außerkraftsetzung aller preussischen Notverordnungen.
13. Forderung an die Reichsregierung: alle Zahlungen auf Grund des Youngplans und für die Dawes-Anleihe sind einzustellen; die Reichsnotverordnungen sind aufzuheben und die Zölle zu beseitigen.
14. Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes.
15. Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag.
16. Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit für die revolutionären Jugend- und Kinderorganisationen. (Rote Jugendfront, Antifa).
17. Herabsetzung der Arbeitszeit für Jugendliche unter 18 Jahren auf 6 Stunden bei vollem Lohnausgleich. 4 Wochen bezahlten Urlaub. Unterstützung für alle jugendlichen Erwerbslosen. Kostenlose Speisung und Einrichtung von Erwerbslosen-Jugendheimen, unter Kontrolle der Erwerbslosenausschüsse.
18. Einbeziehung der Berufsschulzeit in die Arbeitszeit, und Begleichung derselben. Verbot der Prügel- und Geldstrafen.
19. Aufhebung des Turn-, Sport- und Spielplatzengesetzes für die der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit angeschlossenen Sportvereine.
20. Kostenlose Ueberlassung sportlicher Abungsplätze an die Sporttreibenden Arbeiter und ihre Vereine.
21. Erhöhung der Löhne in den staatlichen Land-, Forst- und Weinbaubetrieben ab 1. Juni um 40 Prozent. Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich zwecks Neueinstellung erwerbsloser Land- und Forstarbeiter.

22. Verbot für Polizei und andere staatliche Machtorgane, bei Streiks gegen Streikende eingeleitet zu werden.
23. Herabsetzung der Pachtabgaben für kleine und mittlere Pächter um 50 Prozent.
24. Niedererschlagung der Kaufrenten und Abgaben für Klein-, Landarbeiter- und Bauernsjedler.
25. Niedererschlagung der an Kleinrentner gewährten Darlehen. Bereitstellung von staatlichen Mitteln für Kleinrentner bei Sturmshäden. Einbeziehung in die Erwerbslosenversicherung, Herabsetzung der Pachtartise auf den Stand der Vorkriegszeit.
26. Nichtdurchführung des volksfeindlichen Reichsmilchgesetzes im preussischen Landesgebiet. Niedererschlagung der wegen Verstoß gegen das Reichsmilchgesetz eingeleiteten Strafverfahren.
27. Forderung an die Reichsregierung: Rückgängigmachung aller seit dem 1. April 1930 erfolgten Gehalts- und Beoldungs-kürzungen für Staats- und Gemeindeangestellte und Beamte der unteren und mittleren Beoldungsgruppen; Höchstgehalt von 7200 Mark jährlich; Höchstpension von 5000 Mark jährlich.

Aus dem Inhalt:

Reformistische Freidenker fordern Aufhebung des „Gottlosen“-Verbots
Neue Kriegsprovokationen Frankreichs

Das sind die Forderungen, die die kommunistische Fraktion im Namen von Millionen Werktätigen, im Namen aller Ausgebeuteten, aller Unterdrückten erhebt. Diese Forderungen bilden die Grundlage eines gemeinsamen Kampfes aller Werktätigen.

Die neugewählten kommunistischen Abgeordneten werden in Versammlungen der Betriebe und Stempelstellen diese Forderungen den Betriebsarbeitern und Erwerbslosen unterbreiten.

Nehmt Stellung in Betrieb und Stempelstelle, in Stadt und Land zu den Forderungen der kommunistischen Partei! Diskutiert sie mit sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern! Diskutiert sie mit den proletarischen Hausfrauen! Diskutiert sie mit irreführten Naziproleten! Richtet an die Adresse der kommunistischen Fraktion des Preussischen Landtags weitere Vorschläge! Führt in roter Einheitsfront den außerparlamentarischen Massenkampf für die Verwirklichung dieser Mindestforderungen der Werktätigen in Stadt und Land!

Erfolgreiche Erwerbslosentämpfe durch rote Einheitsfront

Wohlfahrtsempfänger in Teltow erkämpfen Zusatznahrung

In Teltow war den Wohlfahrtsempfängern die zusätzliche Nahrungsunterstützung gekürzt worden. Am Freitag machten darauf die Erwerbslosen eine gemeinsame Demonstration vor dem Rathaus. Eine Delegation, in der auch sozialdemokratische Arbeiter vertreten waren, wurde vorstellig. Die Behörden gaben, unter dem Eindruck der starken Rundgebung der Einheitsfront am 1. Mai, sofort nach, so daß die Wohlfahrtsempfänger wieder wie bisher jede Woche ihr Brot und Schmalz zusätzlich bekommen.

Am Mittwoch findet in Teltow eine Erwerbslosenversammlung statt. Der Erwerbslosenausschuß, dem Mitglieder der SPD und der freien Gewerkschaften angehören, hat einen Appell an alle Mitglieder des MDG gerichtet, auf dieser Rundgebung zu erscheinen und in roter Einheitsfront gegen Lohn- und Unterstützungsabbau zu kämpfen.

Alle Berliner Möbeltransportarbeiter im Streit

Am Montag früh sind sämtliche Berliner Möbeltransportarbeiter geschlossen in den Streit getreten, um einen Schiedsspruch abzuwehren, der ihnen einen Lohnabbau von 10 bis 18 Prozent aufzwingen soll. Der Streit steht unter Führung der oppositionellen Branchenleitungen im Gesamtverband und wird in roter Einheitsfront der kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter geschlossen durchgeführt. (Ausführlichen Bericht siehe Gewerkschaftsteil.)

Wieder große Erwerbslosentämpfe in Sachsen

Chemnitz, 9. Mai. (Eig. Meldung) Heute sammelten sich wiederum vor dem Rathaus große Massen von Erwerbslosen an, die Hungerrufe ausschießen. Ein großes Aufgebot der Polizei räumte gewaltsam die Straßen. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat die Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung beantragt, und fordert die sofortige Zurücknahme der Kürzung der Wohlfahrtsunterstützungssätze.

Leipzig, 9. Mai. (Eig. Meldung) Am Montag vormittag drangen Erwerbslose in die Geschäftsräume der Filzorgelstelle und zertrümmerten die Einrichtung, da ihnen die Unterstützungsätze nicht ausbezahlt wurden. Größere Trupps von Erwerbslosen gingen in die Lebensmittelgeschäfte und holten sich notwendige Nahrungsmittel.

Erfolgreicher Erwerbslosentkampf

Bremen, 9. Mai 1932. In Emden sollte die Wohlfahrtsunterstützung einen Tag später ausgezahlt werden. Die hungernden Erwerbslosen, vor allem die Frauen, die buchstäblich nichts mehr zu essen haben, waren darüber außerst empört und zogen in Massen vor das Rathaus, wo sie sofortige Auszahlung der Unterstützung forderten. Die Polizei ging gegen die Demonstranten vor, wobei es zu Zusammenstößen kam. Sowohl die Polizei als auch die Demonstranten haben Verletzte zu verzeichnen. Die Stadtverwaltung mußte schließlich die sofortige Auszahlung der Unterstützung anordnen.